



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: **21-0162**

### Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	29.08.2019
Öffentlich	Planungsausschuss	18.12.2019

### **Wohnungsbaupotenziale an den Magistralen zügig umsetzen Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion**

**Über die Zukunft der Magistralen nicht nur sprechen, sondern Wachstumspotenziale auch möglich machen!**

Hamburg und Altona haben entlang seiner Hauptverkehrsachsen ein enormes Potential für eine weitere Stadtentwicklung, insbesondere auch für zusätzlichen Wohnungsbau. Bei einer straßenparallelen mehrgeschossigen Bebauung entlang der Magistralen könnten so in den nächsten drei Jahrzehnten mehr als 120.000 neue Wohnungen in ganz Hamburg (15.000 bis 20.000 in Altona) entstehen, dabei insbesondere im günstigeren Mietensegment. Mit Hilfe entsprechender Lärmschutzmaßnahmen und kluger Raumanordnung kann bereits heute der störende Straßenlärm aus den Wohn- und Schlafräumen ferngehalten werden. Im hinteren Bereich entsteht damit gleichzeitig weiteres Potential für zusätzlichen Wohnraum in lärmgeschützter Lage. Mittel- bis langfristig wird die Lärmbelastigung entlang der Hauptverkehrsstraßen, bspw. mit steigender E-Mobilität und veränderten Mobilitätsverhalten, spürbar abnehmen.

Damit die Bebauung der Magistralen auch gelingen kann, müssen im Vorwege die entsprechenden Angebots-Bebauungspläne durch die Bezirksämter erarbeitet und verabschiedet werden. Dafür muss die Stadt zeitnah die entsprechenden zusätzlichen Ressourcen- und Personalkapazitäten zur Verfügung stellen, da die Bezirksämter derzeit lediglich vorhabenbezogene Bebauungspläne bearbeiten.

**Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung Altona:**

**Die Bezirksversammlung fordert die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen sowie die Finanzbehörde gemäß § 27 BezVG auf, dem Bezirk Altona/den Bezirken die notwendigen zusätzlichen Planstellen in den Stadtplanungsabteilungen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus werden die zuständigen Behörden aufgefordert, auch bei den Trägern öffentlicher Belange, die im Bebauungsplanverfahren beteiligt werden – insbesondere auch in der Rechtsprüfung – die notwendigen Ressourcen zu schaffen, um die dortigen personellen Flaschenhälse zu beseitigen.**

**Petium:**

**Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.**

**Anlage/n:**

ohne